

Niederschrift

über die

3. Sitzung des Kreistages

am

Freitag, dem 13.12.2019

Niederschrift

Vorbemerkungen

1. **Sitzungsbeginn:** 14:30 Uhr
 2. **Ende der Sitzung:** 17:10 Uhr
 3. **Ort der Sitzung:** Großer Sitzungssaal (4. Stock)
 Kreisverwaltung Ahrweiler

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender:

Herr Dr. Jürgen Pföhler Landrat

Mitglieder des Kreistages:

Herr Hans-Werner Adams	CDU
Herr Günter Bach	SPD
Frau Natalie Baum	CDU
Herr Ulrich van Bebber	FDP
Herr Johannes Bell	FWG
Frau Anna Belz	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Wilhelm Busch	CDU
Frau Elisabeth Dahr	FWG
Herr Guido Ernst	CDU
Herr Hans Dieter Felten	FWG
Frau Ingrid Frings	AfD
Herr Johannes Fuhrmann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Mathias Heeb	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Gabriele Hermann-Lersch	CDU
Herr Dr. Johannes Hüdepohl	AfD
Herr Marcel Hürter	SPD
Herr Wolfgang Huste	Die Linke
Herr David Jacobs	FDP
Frau Stefani Jürries	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Martin Kallweitt	AfD
Herr Jörn Kampmann	SPD
Herr Richard Klasen	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Irmgard Köhler-Regnery	SPD
Herr Manfred Kolling	CDU
Herr Michael Korden	CDU
Herr Fritz Langenhorst	SPD

Herr Hans-Dietrich Laubmann	SPD
Herr Hans-Josef Marx	FWG
Frau Ingrid Näkel-Surges	CDU
Herr Heinz Detlef Odenkirchen	CDU
Frau Ute Reuland	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schlagwein	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Christoph Schmitt	SPD
Herr Michael Schneider	CDU
Frau Petra Schneider	CDU
Herr Jürgen Schwarzmann	CDU
Herr Gregor Sebastian	FWG
Herr Jochen Seifert	FWG
Herr Dominik Graf von Spee	FDP
Herr Udo Stratmann	CDU
Frau Ingrid Strohe	CDU
Frau Birgit Stupp	Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Karl-Heinz Sundheimer	CDU
Frau Pia Wasem	CDU
Herr Marcel Werner	CDU

Kreisbeigeordnete:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Horst Gies	CDU
Herr Kreisbeigeordneter Friedhelm Münch	FWG
Frau Kreisbeigeordnete Christina Steinhausen	FDP

Geschäftsbereichsleiter:

Herr Harald Fuchs

Fachbereichsleiter:

Frau Siglinde Hornbach-Beckers
 Frau Almut Schepers
 Herr Erich Seul

Schriftführer:

Herr Martin Braun

Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Anne Bois
 Herr Arno Müller

Gäste:

Herr Geschäftsführer Stephan Pauly Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Kreistages:**

Herr Christoph Scheuer Bündnis 90/Die Grünen

Niederschrift

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Änderung der Förderungsrichtlinien des Jugendamts - Teil B, II
3.	Änderung der Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfearbeiten und anderer Aufgaben und Änderung der Satzung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz
4.	Aufhebung der Richtlinie für die Inanspruchnahme eines Fahrdienstes für Behinderte im Landkreis Ahrweiler
5.	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
7.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 des Abfallwirtschaftsbetriebes; a) Beschluss des Wirtschaftsplans b) Festsetzung der Erstattungsbeträge nach § 8 Abs. 4 und Abs. 5, S.2. der Abfallgebührensatzung vom 27.10.2017
8.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
9.	Haushaltsberatungen 2020; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung
10.	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
11.	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die Niederschrift über die Kreistagssitzung am 25.10.2019 wurden keine Einwendungen erhoben.

2	Änderung der Förderungsrichtlinien des Jugendamts - Teil B, II
---	--

Nach einleitenden Worten durch den Vorsitzenden erfolgte ein Redebeitrag von Herrn Seifert (FWG).

Beschluss:

Der Kreistag beschloss die Änderung der Förderungsrichtlinien des Jugendamts; Teil B, II, Ziffer 8, hinsichtlich der Anpassung der Fördersätze für Baumaßnahmen in Kindertagesstätten zum 01.01.2020 in folgender Form:

Förderart	Förderhöhe aktuell	Erhöhung um 30 %
8.1 Neubau 1-Gruppen-Kindertagesstätte	154.000,00 €	200.200,00 €
8.1 Neubau 2-Gruppen-Kindertagesstätte*	210.000,00 €	280.800,00 €
8.1 Neubau 3-Gruppen-Kindertagesstätte	279.000,00 €	362.700,00 €
8.1 Neubau 4-Gruppen-Kindertagesstätte*	309.000,00 €	443.300,00 €
8.1 Erweiterung durch An-/Umbauten	62.000,00 €	80.600,00 €
8.5 Provisorien	13.500,00 €	17.550,00 €

*Die Erhöhung umfasst hier mehr als 30 %, da der Förderbetrag mindestens 80.600 € im Vergleich zur 1- bzw. 3- Gruppenförderung betragen sollte

einstimmig beschlossen

3	Änderung der Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfaufgaben und anderer Aufgaben und Änderung der Satzung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz
---	--

Beschluss:

Die Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfaufgaben und anderer Aufgaben vom 17.4.2012 wurde wie in der vorgelegten Fassung geändert. Die Änderungen treten zum 1.1.2020 bzw. 1.4.2020 in Kraft.

Die Satzung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Landesaufnahmegesetz vom 26.4.2013 wurde wie in der vorgelegten Fassung geändert. Die Änderungen treten zum 1.4.2020 in Kraft.

einstimmig beschlossen

4	Aufhebung der Richtlinie für die Inanspruchnahme eines Fahrdienstes für Behinderte im Landkreis Ahrweiler
---	---

Beschluss:

Der Kreistag beschloss die Aufhebung der Richtlinie für die Inanspruchnahme eines Fahrdienstes für Behinderte im Landkreis Ahrweiler vom 01.11.1988, zuletzt geändert durch Beschluss des Kreistages vom 26.04.2013, zum 31.12.2019.

einstimmig beschlossen

5	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
---	---

Beschluss:

Der Kreistag bestellte gemäß § 2 der Satzung des Landkreises Ahrweiler für Migration und Integration (Integrationsbeirat) vom 07.07.2014 Herrn Guido Ernst (CDU) und Frau Birgit Stupp (Bündnis 90/Die Grünen) zu berufenden Mitgliedern in den Integrationsbeirat.

einstimmig beschlossen

6	Feststellung des Jahresabschlusses 2018 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
---	--

Beschluss:

Der Kreistag stellte den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2018 mit einer Bilanzsumme von 19.790.539,36 € und einem Jahresgewinn von 163.063,85 € fest.

Der Jahresgewinn von 163.063,85 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

einstimmig beschlossen

7	Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 des Abfallwirtschaftsbetriebes; a) Beschluss des Wirtschaftsplans b) Festsetzung der Erstattungsbeträge nach § 8 Abs. 4 und Abs. 5, S.2. der Abfallgebührensatzung vom 27.10.2017
---	---

Es folgte ein Redebeitrag von Herrn Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen), zu dem der Vorsitzende Stellung nahm.

Beschluss:

Der Kreistag

- a) beschloss den Wirtschaftsplan 2020 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung;
- b) setzte den Erstattungsbetrag nach § 8 Abs. 4 Abfallgebührensatzung ab dem 01.01.2020 auf 0,03546 €/kg; sowie nach § 8 Abs. 5, S.2 Abfallgebührensatzung ab dem 01.01.2020 auf 4,75 €/a fest.

einstimmig beschlossen

8	Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
---	---

9	Haushaltsberatungen 2020; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung
---	---

Die Mitglieder des Kreistages erklärten sich mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, die Tagesordnungspunkte 8 „Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement“ und 9 „Haushaltsberatungen 2020; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung“ gemeinsam zu beraten.

Der Vorsitzende nahm zum vorgelegten Haushaltsentwurf 2020 sowie zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement Stellung.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Schmitt (SPD), Herr van Bebber (FDP), Herr Dr. Hüdepohl (AfD), Herr Seifert (FWG), Herr Sundheimer (CDU) und Herr Huste (Die Linke).

Der Vorsitzende rief Herrn Huste (Die Linke) aufgrund von Abweichungen vom Beratungsgegenstand dreimalig zur Sache. Beim zweiten Ordnungsruf kündigte der Vorsitzende zudem an, bei einem erneuten Verstoß Herrn Huste (Die Linke) das Wort zu entziehen. Nach dem dritten Ordnungsruf durch den Vorsitzenden stellte Herr Schneider (CDU) den Antrag, Herrn Huste das Wort zu entziehen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 8

Der Vorsitzende entzog daraufhin Herrn Huste (Die Linke) das Wort.

Zudem folgten Redebeiträge von Herrn Laubmann (SPD), Frau Reuland (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Jürries (Bündnis 90/Die Grünen) und Herrn Hürter (SPD).

Abstimmung über die Einzelanträge zum Wirtschaftsplan des Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement:

1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Kreis strebt eine Integration der zu modernisierenden Heizanlage des Rhein-Gymnasiums in Sinzig in ein Nahwärmekonzept an. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu mit der Stadt Sinzig in Gespräche für eine gemeinsame Konzepterstellung unter dem Angebot einer anteiligen finanziellen Beteiligung zu treten. Die Federführung der Konzepterstellung (Einbeziehung weiterer Liegenschaften, Förderanträge, Beauftragung etc.) soll bei der Stadt Sinzig liegen.“

Antrag einstimmig angenommen

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Beim Are-Gymnasium liegt laut Energiebericht der Jahresheizwärmebedarf des im Passivenergiehausstandard errichteten Schulgebäudes über 15 kWh/m²/a. Die Werkleitung wird beauftragt, eine Optimierung zu untersuchen und umzusetzen, um den Bedarf unter 15 kWh/m³/a zu senken. Dafür werden 5.000 € bereitgestellt.“

Dieser Antrag wurde ergänzt durch einen Antrag der CDU-, FWG- und FPD-Fraktion:

In der Untersuchung sollen alle Gebäudeteile, insbesondere auch der Stromverbrauch mit einbezogen werden. “

Antrag einstimmig angenommen

Abstimmung über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement**Beschluss:**

Der Kreistag beschloss den Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler in der vorliegenden Fassung.

einstimmig beschlossen

Abstimmung über die Einzelanträge zum Haushalt:**1. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion:**

„Drei Kindertageseinrichtungen sollen in 2020 mit insgesamt 20.000 Euro für neue, vorbildhafte innovative Konzepte oder Projekte zur Verbesserung von Chancen benachteiligter Kinder gefördert werden. Finanziert werden soll die Förderung aus den im Haushalt veranschlagten Mitteln aus dem Gute-KiTa-Gesetz des Bundes. Die Verwaltung soll hierzu ein Bewertungs- und Vergabekonzept entwickeln, das in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses beraten und beschlossen werden soll.“

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 8

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Kreis übernimmt in 2020 die Elternbeiträge für Kinder ab 2 Jahren, die in Kindertagespflege betreut werden. Dafür werden 20.000 € im Haushalt 2020 eingestellt.“

Außerdem soll die „Satzung des Landkreises Ahrweiler über die Durchführung der Kindertagespflege“ geändert werden.“

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 34
Enthaltungen: 0

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Kreis richtet zur Förderung des weiteren Ausbaus der Solarenergie einen Wettbewerb „Wir machen die Dächer voll“ aus. Der Wettbewerb soll in den beiden Kategorien „Fotovoltaik“ und „Solarthermie“ die Städte und Gemeinden im Kreis auszeichnen, die anteilig jeweils den höchsten Zubau erreicht haben.

Für den Wettbewerb werden ab 2020 jährlich 12.000 Euro bereitgestellt. Die Mittel sollen als Preisgeld an die jeweiligen Gemeinden ausgeschüttet sowie Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Wettbewerbs verwendet werden.“

Eine Abstimmung war nicht erforderlich, da der Wettbewerb von der Sparkasse Ahrweiler durchgeführt wird.

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der kw-Vermerk für die neue Stelle zum Klimaschutzmanagement (12/2024) im Teilhaushalt 11 wird entfernt, die Stelle unbefristet ausgeschrieben“

Auf eine Abstimmung wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verzichtet.

5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Im Rahmen des Projektes „KlikK aktiv – Klimaschutz in kleinen Kommunen unter 5.000 Einwohnern“ der Energieagentur RLP stellt der Kreis ehrenamtliche Klimaschutzpaten ein Budget für Sachkosten von 300 Euro jährlich zur Verfügung. Für 2020 werden dafür in einer neuen Haushaltstelle (Produkt 5112, Teilhaushalt 11) erstmals 3.000 € bereitgestellt.“

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 30
Enthaltungen: 0

6. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion:

„Der VRM wird beauftragt ein in den ÖPNV eingebundenes Konzept für E-Fahrräder

und konventionelle Fahrräder zu entwickeln. Ziel ist die Schaffung von speziellen Angeboten für Fahrradfahrer, z.B. das Einrichten von Verleihstationen an geeigneten Haltestellen oder das Aufstellen von sicheren Fahrradboxen für Pendler. Geprüft werden soll auch, wer solche Einrichtungen betreiben kann. Der VRM rechnet dafür mit Kosten von 80.000 Euro.“

Dieser Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen um folgenden Passus ergänzt:

„Ferner soll das Konzept Überlegungen zur Erweiterung der Mitnahmekapazitäten für Fahrräder in Bussen und Bahnen, insbesondere der Ahrtalbahn, beinhalten.“

Antrag einstimmig angenommen

7. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Anstatt einen kostenlosen ÖPNV-Schnuppertag durchzuführen, wird der Kreis beauftragt, in 2020 die „Aktion Autofasten“ zu unterstützen. Dies ist eine Aktion des VRM, bei der man für 62,50 Euro während der Fastenzeit für vier Wochen im VRM-Gebiet fahren kann. Die für den kostenfreien Schnuppertag vorgesehenen 30.000 € sollen in eine weitere Preisreduzierung für dieses Fastenticket investiert werden.“

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 27
Enthaltungen: 3

Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion:

„Der Verkehrsverbund Rhein-Mosel (VRM) wird beauftragt, im nächsten Jahr einen „ÖPNV Schnuppertag“ im Kreis Ahrweiler zu organisieren und zu bewerben. Dabei soll eine kostenlose Nutzung aller Buslinien im Kreisgebiet, der Ahrtalbahn sowie der Rheinstrecke möglich sein. Begleitend sollen Kundenbefragungen durchgeführt und Informationen über Vergünstigungen im Ticketsortiment des VRM gegeben werden. Laut VRM ist dafür mit Kosten von 30.000 Euro zu rechnen.“

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 13
Enthaltungen: 0

8. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Fraktion:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) die konzeptionellen Voraussetzungen und finanziellen Rahmenbedingungen

(Gutachterkosten, mögliche Förderung etc.) für ein Radwegekonzept für den Kreis Ahrweiler zu erarbeiten. Das Ergebnis soll nach der Sommerpause den Kreisgremien als Entscheidungsgrundlage für die konkrete Umsetzung vorgelegt werden. Hierfür werden 25.000 Euro eingestellt.“

Dieser Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt ergänzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Mobilität (LBM) die konzeptionellen Voraussetzungen und finanziellen Rahmenbedingungen (Gutachterkosten, mögliche Förderung etc.) für ein **überörtliches** Radwegekonzept **mit Verknüpfungspunkten zum ÖPNV** für den Kreis Ahrweiler zu erarbeiten. **Das Konzept soll die sich verändernden Anforderungen an Radwege durch E-Bikes und Lastenräder berücksichtigen.** Das Ergebnis soll nach der Sommerpause den Kreisgremien als Entscheidungsgrundlage für die konkrete Umsetzung vorgelegt werden. Hierfür werden 25.000 Euro eingestellt.“

Antrag einstimmig angenommen

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. „Die Verwaltung wird beauftragt, zur anteiligen Finanzierung den geplanten öffentl.-rechtl. Vertrag mit den Kommunen abzuschließen.“
2. „Im Rahmen der Gigabit-Strategie des Landes wird eine Stelle zur Begleitung des Breitbandausbaus und zur Bearbeitung der kommunalen Förderanträge in der Kreisverwaltung eingerichtet.“

Auf eine Abstimmung wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verzichtet.

10. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wegen Sonderinteresse nahmen Herr Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Kampmann (SPD) während der Behandlung der Anträge im Zuschauerraum Platz.

1. „Als ersten Schritt wird daher beantragt, dass der Kreis Ahrweiler als Mitglied dem Freundeskreis der Landesgartenschau Bad Neuenahr-Ahrweiler 2022 e.V. beitrifft.“

Antrag einstimmig angenommen

2. „Ergänzend wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler und der Landesgartenschau Bad Neuenahr-Ahrweiler 2022 gGmbH und weiterer Partner, z.B. Kommunen, Tourismusorganisationen oder Wirtschaftsförderer des Kreises ein Konzept bzw. Umsetzungsoptionen zu entwickeln und den Kreisgremien nach der Sommerpause zur Beratung vorzulegen.“

Antrag einstimmig angenommen

11. Antrag der AfD-Fraktion:

„Die AfD-Fraktion beantragt, dass der Kreistag unter diesem Tagesordnungspunkt folgende Beschlüsse fasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Umsetzung der Vergabe von Stipendien i. S. eines Förderprogramms an Medizinstudenten unter der Maßgabe ihrer späteren Niederlassung (als klassischer „Hausarzt“) im Kreis Ahrweiler zu prüfen. Das Ergebnis soll nach der Sommerpause den Kreisgremien als Entscheidungsgrundlage vorgelegt werden.
2. Bei der genauen Ausgestaltung des unter 1 genannten Förderprogramms hinsichtlich z.B. Zahl, Dauer, Höhe und Vergabekriterien der Stipendien sowie der Priorisierung der regionalen Bedarfe, berät der neue Sozial- und Gesundheitsbeirat die politischen Gremien des Kreises sowie die Verwaltung.“

Antrag mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 8
Enthaltungen: 0

12. Antrag der SPD-Fraktion:

„Der Kreisumlagesatz wird auf 42,0% festgesetzt. Die entsprechenden Einnahmepositionen und die Überschüsse im Ergebnis- und Finanzhaushalt reduzieren sich um den sich hieraus rechnerisch ergebenden Betrag. Im Gegenzug verzichtet der Kreis (falls notwendig) auf die Sondertilgung des in 2020 auslaufenden Kredits in Höhe von 1,22 Mio. Euro.“

Antrag mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 0

Beschluss:

Auf der Grundlage der §§ 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 188) in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils geltenden Fassung beschloss der Kreistag

I. die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 2020 wie folgt:**§ 1
Ergebnis- und Finanzhaushalt**

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	211.680.379 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	211.630.752 Euro
der Jahresüberschuss auf	49.627 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	4.218.430 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.781.211 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.735.489 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-1.954.278 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-2.264.152 Euro.

**§ 2
Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 Euro
verzinsten Kredite auf	0 Euro
zusammen auf	0 Euro

**§ 3
Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 746.400,00 Euro.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 0 Euro.

§ 4**Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 25.000.000 Euro.

§ 5**Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt auf

- | | |
|--|----------------|
| 1. Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | |
| des Abfallwirtschaftsbetriebes auf | 685.105 Euro |
| des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf | 2.224.480 Euro |
| zusammen auf | 2.909.585 Euro |
| 2. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung | |
| des Abfallwirtschaftsbetriebes auf | 4.000.000 Euro |
| des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf | 5.000.000 Euro |
| zusammen auf | 9.000.000 Euro |
| 3. Verpflichtungsermächtigungen | |
| des Abfallwirtschaftsbetriebes auf | 0 Euro |
| des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf | 200.000 Euro |
| zusammen auf | 200.000 Euro |
| darunter: | |
| Verpflichtungsermächtigungen des Abfallwirtschaftsbetriebes, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen | 0 Euro |
| darunter: | |
| Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen | 200.000 Euro |

§ 6**Kreisumlage**

Gemäß § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.10.2018 (GVBl. S. 353) erhebt der Landkreis von allen kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden eine Kreisumlage.

Der Umlagesatz wird auf 43,15 v.H. festgesetzt.

Die Kreisumlage ist gemäß § 31 Abs. 2 LFAG mit je einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11.2020 fällig.

<i>Nachrichtlich:</i>	<i>Kreisumlageaufkommen 2019</i>	<i>65.740.678 EUR</i>
	<i>Kreisumlageaufkommen 2020</i>	<i>69.596.565 EUR</i>

§ 7 Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2018 betrug 47.839.889,42 Euro.
Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2019 beträgt
48.801.020,42 Euro und zum 31.12.2020 48.850.647,42 Euro.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Auf über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO finden § 2 Abs. 2 Ziffer 3 und § 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler Anwendung.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 60.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamten wird nicht zugelassen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 45
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

II. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2020 bis 2023
in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 45
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

III. den Haushaltsplan 2020 der Gertrud-Pons-Stiftung
in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

10	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
----	---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden von der Verwaltung keine Anfragen schriftlich beantwortet.

11	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen der Verwaltung keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende:

Dr. Jürgen Pföhler
Landrat

Der Schriftführer:

Martin Braun
Kreisverwaltungsrat